

Macht und Expansion

Warum das heutige Russland gefährlicher ist
als die Sowjetunion der 70er Jahre

Von **Vittorio Hösle**

Wenn ich mit einer persönlichen Erinnerung beginnen darf: 1990 konnte ich als Gast des Instituts für Philosophie der sowjetischen Akademie der Wissenschaften vier Monate in Moskau verbringen, die zu den faszinierendsten und glücklichsten meines Lebens gehören. Ich konnte mit eigenen Augen erleben, dass die von Michail Gorbatschow angekündigte Glasnost Wirklichkeit wurde: Die Gespräche mit Kollegen und Studenten waren sachorientiert, geistig intensiv und ehrlich, denn man fürchtete den Druck eines totalitären Staates nicht mehr, die Angst vor einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Westen (aller Wahrscheinlichkeit nach unter Einsatz von Nuklearwaffen) zerschmolz, man war zwar besorgt, aber auch gespannt auf den Fortgang der Perestroika, und man freute sich darauf, endlich in den Westen reisen zu können. Der Kalte Krieg war zu Ende, und Russen gratulierten mir mit aufrichtiger Freude zu der bevorstehenden Einigung Deutschlands.

Leider sind die Erinnerungen an die Aufbruchzeit vor einem Vierteljahrhundert oft ein Hinderungsgrund, die heutige Situation richtig einzuschätzen: Denn man nimmt nur ungern das Scheitern von Hoffnungen wahr. Die Weigerung vieler, die heutige Realität Russlands ohne Wunschdenken zur Kenntnis zu nehmen, hat in psychologisch sehr naheliegenden Selbsttäuschungsmechanismen ihren entscheidenden Grund. Der Kalte Krieg war enorm anstrengend – einerseits zwang er dazu, in Militärausgaben zu investieren, an deren Umlagerung in soziale Aufgaben man sich inzwischen gewöhnt hat, andererseits minderte das Leben mit der ständigen, wenn auch latenten Angst vor einem Atomkrieg die Lebensqualität beträchtlich. Ist es nicht natürlich, dass man lieber den Kopf in den Sand steckt als anerkennt, dass heute wieder anstrengende und schmerzliche Veränderungen erforderlich sind, wenn man einer viel größeren Katastrophe entgehen will? Gewiss ist dies natürlich – und ebendeswegen sind besondere argumentative Mühen erforderlich, um aus dieser natürlichen Verdrängung aufzurütteln. Denn die Lage ist heute gefährlicher als in den 1970er und 1980er Jahren. Bevor ich erkläre, warum dies so ist und was dagegen getan werden kann, will ich kurz einige der Faktoren nennen, die zur jetzigen Situation geführt haben.

Der Reformprozess, den Gorbatschow angestoßen hatte, geriet sehr bald außer Kontrolle. Die Hoffnungen, die sich überall breitmachten – auf natio-

nale Selbstbestimmung, auf Rechtsstaatlichkeit und das Ende der Unterdrückung, auf Demokratisierung und zumal auf ein schnelles Einholen des westlichen Lebensstandards – wären selbst bei einer besser vorbereiteten politischen Führungsklasse nicht gleichzeitig oder innerhalb kurzer Zeit zu erfüllen gewesen. Deutschland, wo der Nationalsozialismus nur zwölf Jahre gedauert hatte, musste vier Jahre nach dem Ende Hitlers einen 73jährigen Mann zum Bundeskanzler wählen, der vor 1933 genügend Erfahrungen mit rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen gesammelt hatte. In Russland hätte es freilich aufgrund der sieben Jahrzehnte währenden bolschewistischen Herrschaft rüstiger Hundertjähriger mit ausgezeichnetem Gedächtnis bedurft – ja selbst diese hätten nicht geholfen, da Russland ganz bescheidene demokratische Erfahrungen nur in den chaotischen Kriegsmonaten von Februar bis Oktober 1917 gemacht hatte. Das Ende der Sowjetunion am 26. Dezember 1991 war durch den – an sich eine Stärkung der Zentralgewalt beabsichtigenden – gescheiterten Putsch vom August 1991 beschleunigt worden; entscheidend war aber der Wunsch der Regierungen der meisten der fünfzehn Sowjetrepubliken nach Souveränität. Man darf Zweifel daran haben, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Auflösung der Union wünschte, wenn man bedenkt, dass im März 1991 fast 78 Prozent der Wähler in einem Referendum – das allerdings in den drei baltischen Republiken sowie in Moldawien, Armenien und Georgien nicht durchgeführt wurde – für die Bewahrung der Union stimmten. Immerhin votierte die Ukraine in einem zweiten Referendum im Dezember 1991 überwältigend für die Unabhängigkeit, aber zu diesem Zeitpunkt war schon klar, dass die Sowjetunion keine Überlebenschance mehr hatte. Es ist auf jeden Fall fair zu sagen, dass die Auflösung der Sowjetunion nicht durch externe Eingriffe, sondern durch innere Zerfallsprozesse verursacht wurde.

Mit dem Ende der Sowjetunion entstand ein Machtvakuum, das gefüllt werden musste. Da es keine allgemein anerkannten Regeln und insbesondere keine demokratischen politischen Traditionen gab und da die kommunistische Ideologie inzwischen von einem Großteil der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert wurde, war Chaos vorprogrammiert. Die schwere Verfassungskrise vom September 1993, während deren Jelzin verfassungsgemäß vom Parlament abgesetzt wurde, endete mit Jelzins Sieg, weil das Parlament es nicht schaffte, das Militär auf seine Seite zu ziehen, obwohl durchaus eine Chance dazu bestanden hätte. Seitdem ist das Militär dem Präsidenten loyal gewesen. Der ehrgeizige und populäre General Lew Rochlin wurde 1998 ermordet – angeblich von seiner Frau, die aber später ihr erpresstes Geständnis widerrief.

Bei dem Konflikt zwischen Jelzin und dem russischen Parlament unterstützten die westlichen Mächte deutlich den Präsidenten, der Marktreformen durchzusetzen versprach; sie erkannten freilich damit das Prinzip der Überordnung der Exekutive über die Legislative an. Die neue Verfassung vom Dezember 1993 gab dem Präsidenten weitestgehende Rechte, etwa durch Erlasse zu regieren; auch sind die Hürden für eine Amtsenthebung des Präsidenten außerordentlich. Die Wiederwahl – seit 2008 alle sechs Jahre – ist die

einzigste Schwelle, die zu nehmen ist. Immerhin hat die russische Verfassung nur zwei unmittelbar anschließende Wahlperioden zugelassen, aber die ingeniose Rochade von Präsident und Premier hat es Wladimir Putin ermöglicht, seit 2000 ununterbrochen der starke Mann des Landes zu sein. Da er von Jelzin 1999 als Premier ernannt und als sein Nachfolger ausgewählt wurde, lässt sich sagen, dass es seit der Souveränität Russlands keinen wirklichen Bruch im Präsidentenamt gegeben hat. Dies hat die Opposition unweigerlich geschwächt, die zudem stets in sich gespalten war, weil sie auf keine gemeinsame Ideologie rekurrieren konnte; im Gegenteil, manche Oppositionelle standen links, andere rechts von der Regierungspartei. Die zunehmende Kontrolle der Massenmedien durch den Staat, die Schikanierung von Opposition und Nichtregierungsorganisationen, schließlich die Ermordung des führenden Oppositionellen Boris Nemzow und die damit Hand in Hand gehende Einschüchterung der wenigen verbliebenen Oppositionellen haben einen Machtwechsel durch Wahlen inzwischen de facto unmöglich gemacht.

Die Achtung vor dem Rechtssystem zerbrach

Insgesamt brachten die 1990er Jahre für Russland ungekannte Massenarmut, einen Zusammenbruch des Gesundheitswesens, eine Verkürzung der Lebenserwartung um zahlreiche Jahre, einen rasanten Anstieg der Kriminalität und eine allgemeine Korruption, die durch den Wunsch motiviert wurde, jetzt endlich reich zu werden. Wer geglaubt hatte, die sozialistischen Jahrzehnte hätten eine höhere Form von Solidarität inspiriert, sah sich getäuscht und mit einem brutalen Kapitalismus konfrontiert, der ex contrario Max Webers These bestätigte, ohne ein besonderes religiöses Ethos könne diese Wirtschaftsform sich nicht segensreich entfalten. Anders als die katholische Kirche hat die Orthodoxie bis heute keine auf den modernen Kapitalismus reagierende Soziallehre; milde Gaben mafioser Organisationen an die Kirche sind eine legitime Weise, sich in den Augen der Orthodoxie gottgefällig zu erweisen. Die enormen Ressourcen Russlands, die nach allen Regeln der Gerechtigkeit öffentliches Eigentum waren, wurden an Günstlinge des Kreml verteilt; oft entschied brutale Gewalt, wer was erhielt. Nach der Unterordnung des Militärs waren die Oligarchen die wichtigste Herausforderung des Kreml; sie wurden geduldet, sofern sie sich nicht in die Politik einmischten. Taten sie es, mussten sie das Land verlassen wie die unter anderem unabhängige Fernsehsender besitzenden Wladimir Gussinski und Boris Beresowski (an dessen „Selbstmord“ in Ascot 2013 viele Zweifel bestehen). Oder sie wurden wie Michail Chodorkowski ins Gefängnis gesteckt – meist aufgrund wirklicher Delikte, die allerdings bei politisch gefügigeren Oligarchen akzeptiert, ja ermutigt wurden. Damit zerbrach jede Achtung vor dem Rechtssystem, die schon in der Sowjetunion gering gewesen war.

Man kann Putins unstrittige Popularität in Russland nicht verstehen, wenn man nicht anerkennt, dass er im ersten Jahrzehnt seiner Herrschaft die wirtschaftliche Lage des Landes bedeutend verbesserte – unter anderem dank

kompetenter Ökonomen wie Michail Kassjanow, der allerdings 2004 entlassen wurde, als er die willkürliche Verhaftung des Oligarchen Platon Lebedew kritisierte. Der wirtschaftliche Aufschwung stützte sich allerdings hauptsächlich auf den Verkauf von Ressourcen; eine Diversifikation der Industrie fand kaum statt, und ebenso wenig erzeugte die russische Wirtschaft auf dem Weltmarkt besonders geschätzte Markenprodukte. Gleichzeitig wurde die föderale Struktur Russlands de facto abgeschafft – die Gouverneure der Regionen werden inzwischen vom Präsidenten vorgeschlagen und nicht mehr direkt gewählt. Die Macht der *silowiki*, der Bürokraten aus Verteidigungs- und Innenministerium, nahm enorm zu, und während sie in der Tat einigen Machtmissbrauch der Oligarchen ahnden konnten, sind sie selbst jeder Kontrolle entzogen. Noch mehr gilt das für die Mitglieder des seit 1995 bestehenden Rechtsnachfolgers des KGB, des FSB, aus dessen Reihen Putin selber kommt. In seiner Amtszeit wurden zahlreiche kritische Journalisten und Menschenrechtler ermordet, ohne dass die Täter zur Rechenschaft gezogen wurden (mit Ausnahme der Mörder Anna Politkowskajas, doch blieben die Hintermänner unbekannt und unbehelligt). Während es möglich ist, dass derartige Verbrechen autonom von Teilen des Sicherheitsapparates geplant und vollzogen wurden, wird es mit der zunehmenden Machtkonzentration Putins meines Erachtens immer unwahrscheinlicher, dass sie ohne seinen Befehl, zumindest sein billigendes In-Kauf-Nehmen geschehen. Würden sie gegen seinen Willen erfolgen, würden die Täter heute zu viel riskieren.

Die Konzentration staatsrechtlicher Kompetenzen beim Präsidenten, die Unterordnung des Parlaments unter die Exekutive, die Pflege einer Scheinopposition wie der sogenannten Liberal-Demokratischen Partei Russlands – des Tummelplatzes des nationalistischen Extremisten Wladimir Schirinowski –, die Beseitigung realer Opposition, die Einschüchterung der Gesellschaft durch gezielte Morde, die Eindämmung der Oligarchen und die enorme Popularität Putins erlauben das Urteil, seit Stalin habe kein russischer Politiker so viel Macht besessen wie Putin. Denn nach Stalins Tod funktionierte die Sowjetunion als oligarchisches System, und Chruschtschow konnte 1964 vom Politbüro abgesetzt werden.

Aber ein entscheidender Machtfaktor Putins ist noch gar nicht genannt. Ihm gelang die Wiedergewinnung einer ideologischen Basis, ohne die die Macht langfristig nicht zu sichern ist. Wenn ein Glaubenssystem zerbricht, sei es auf individueller, sei es auf kollektiver Ebene, ist es naheliegend, auf das Frühere zurückzugreifen – jedenfalls ist es einfacher, als sich zu etwas Neuem zu bekennen. In Russland gab es kaum liberale Traditionen, und der Neoliberalismus der 90er Jahre wurde als raffgierig und vulgär empfunden. Also belebte Putin eine Ideologie wieder, die vorsowjetisch war – diejenige vom heiligen Mütterchen Russland, das sich gegen westliche Barbarei zur Wehr setzen muss. Unterstützt von der orthodoxen Kirche, konnte Putin eine Ideologie ausbauen, die den fortgesetzten Machtkampfstrategien der sowjetischen Zeit, zumal in den Geheimdiensten, eine religiöse Weihe verlieh. Das traf nicht nur deswegen auf große Resonanz, weil es kaum sonstige plausible ideologische Angebote gab; es traf den Nerv einer noch mehr als durch

den wirtschaftlichen Niedergang durch den Verlust der Stellung einer Weltmacht tief gedemütigten Nation. Ich werde nie die verkrüppelten Veteranen aus dem Großen Vaterländischen Krieg vergessen, die im Sommer 1993 auf dem Roten Platz lachenden westlichen Touristen ihre Ehrenabzeichen für einen Spottpreis verkaufen mussten. Sicher waren diese Touristen nicht für den Zusammenbruch des Pensionssystems verantwortlich, aber es war unschwer vorherzusehen, dass ihr Verhalten Rachegefühle gegen den Westen erzeugen musste.

Russlands nationalistische Ideologie

Im Grunde ist im Gesagten schon enthalten, warum Russland heute gefährlicher ist als die alte Sowjetunion. Ich sehe fünf Gründe. Die sowjetische Ideologie war erstens der Marxismus, und dieser ist universalistischer Natur. So abscheuliche Verbrechen auch auf seiner Grundlage begangen wurden, lehrte er doch einen Einsatz für die Elenden der ganzen Welt; und auch wenn er die Verantwortung vor Gott eliminierte, blieb in ihm die Verantwortung vor dem Urteil der Geschichte zentral. Immerhin konnte die Sowjetunion einen Gorbatschow hervorbringen, was dem nationalsozialistischen System versagt gewesen wäre, selbst wenn es länger gedauert hätte, und die Zahl anständiger Sowjetbürger, die von einem Gerechtigkeitsideal beseelt waren, war nicht gering.

Die neue Ideologie Russlands ist dagegen aggressiv nationalistisch. Als großer Politiker gilt, wer das Wohl der eigenen Nation über alles stellt. Das ist nicht einfach die Wiederkehr der alten Staatsräson Europas; denn diese implizierte eine Unterordnung der eigenen Interessen unter den Staat. Davon ist bei den kleptokratischen Zynikern im Umfeld Putins nichts zu spüren. Statt der – beschränkten – Tugenden der alten Aristokratie herrscht die Vulgarität von Neureichen, die sich mit Gewalt und Betrug bereichern.

Stalin hatte zweitens dem trotzlistischen Expansionismus eine Absage erteilt und sich auf den Aufbau des Sozialismus im eigenen Lande beschränkt. Gewiss nahm Stalin 1939 an Hitlers Raubzug teil und erfolgte 1945 eine massive Ausdehnung des sowjetischen Herrschaftsbereiches – aber Letzteres entsprach traditionellen Üblichkeiten für den Sieger eines Krieges, der in keinem Lande so viele Opfer gekostet hatte wie in der Sowjetunion und den diese nicht angezettelt hatte. Mit Ausnahme des Einmarsches in Afghanistan 1979 – ein Land, dessen Kontrolle schon das zaristische Russland begehrt hatte – wurden die bestehenden Grenzen nicht der Sowjetunion, aber doch des Warschauer Paktes respektiert. Akzeptiert man die durchaus problematische Definition Hans Morgenthaus von Imperialismus als Herausforderung des Status quo, war die Sowjetunion der 70er Jahre ein nicht-imperialistisches Reich. Was wir jetzt sehen, ist zwar immer noch der größte Flächenstaat der Erde, doch ein territorial kleineres Reich, das nun aber deutliche imperialistische Ambitionen hat: Es will das alte Territorium der Sowjetunion wiederherstellen. Schirinowski träumt sogar von den Gren-

zen von 1917, einschließlich Finnlands und Polens; ja, der Vizepremier Dmitri Rogosin schrieb im Oktober 2014 in einem Vorwort zu Iwan Mironows Buch über den Verrat und Verkauf Alaskas, Russland habe das Recht, seine Kolonien zurückzufordern. Auch wer wie der Autor dieser Zeilen die Abwicklung der Sowjetunion 1991 bedauerte, kann allerdings nur betonen, dass völkerrechtlich an der Souveränität des „nahen Auslands“, also der vierzehn ehemaligen Sowjetrepubliken außerhalb Russlands, nicht zu rütteln ist. Wollen zwei souveräne Staaten *beide* fusionieren, so ist das ihr gutes Recht. Doch angesichts der inneren Entwicklung Russlands ist es sachlich völlig rational, dass ein Land wie die Ukraine, das die enormen Fortschritte Polens sieht, sich von einer Anbindung an EU und Nato mehr Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit verspricht denn als Satellitenstaat oder gar Teil Russlands.

Sicher hat sich Russland schon im 19. Jahrhundert als antirevolutionäre Macht verhalten und etwa der Habsburgmonarchie 1849 bei der Niederschlagung der ungarischen Revolution geholfen. Die Beunruhigung durch die Maidan-Revolution von 2014 war groß, unter anderem weil Putin befürchtete, die revolutionäre Stimmung könnte sich auch in Russland gegen eine kleptokratische Regierung wenden. Aber so sehr der Sturz Wiktor Janukowitschs der Auslöser der von Moskau aus geplanten Sezession der Krim und der separatistischen Gewalt in der Ostukraine war, so naiv wäre es, dies als eine spontane Reaktion zu deuten. Pläne zur Annexion ukrainischen Territoriums existierten seit langem. Wer den in der „Nowaja Gaseta“, der letzten unabhängigen Zeitung Russlands, die zum Teil Gorbatschow gehört, am 28. Februar 2015 publizierten Annexionsplan des devoten orthodoxen Oligarchen Konstantin Malofeew, der in der ersten Februarhälfte 2014, also vor dem Sturz Janukowitschs, dem Kreml vorlag, liest, merkt sofort, dass er nur eine Konkretisierung seit langem bestehender Ideen darstellt, deren moralische Rechtfertigung erst gar nicht versucht wird, wie das unweigerlich der Fall wäre, würde es sich um einen neuen Vorschlag handeln. Auch die Schnelligkeit der Reaktion Russlands deutet darauf hin, dass hier nur Pläne aus der Schublade gezogen werden mussten.

Wer sich mit dem 1997 in erster Auflage erschienenen Buch des Gründers und Vorsitzenden der Eurasischen Partei, Alexander Dugin, „Osnoby geopolitiki“ (Grundlagen der Geopolitik) befasst, das russischen Generalstabs-offizieren als Lehrbuch dient (und dessen Übertragung ins Deutsche ich mir wünsche, nicht etwa weil ich es schätze, sondern weil das deutsche Publikum, das selten Russisch liest, dadurch mehr über die Kategorien russischer Politiker erfahren würde), wer Alexander Prochanows Zeitung „Sawtra“ kennt, die einen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine lange vor dem Ereignis forderte, weiß, dass die Wiederherstellung des sowjetischen Territoriums und die Transformation der „dekadenten“ EU in ein russisches Protektorat deklarierte Ziele der aggressiven Rechten sind, die oft von den Altkommunisten nicht zu unterscheiden ist: Prochanow stand im August 1991 auf Seiten des Putschversuches gegen Gorbatschow. Dugins Besessenheit von der Geopolitik, die man wie manch andere Aspekte des heutigen Russ-

lands aus dem Deutschland der 1920er und 1930er Jahre kennt (man denke an Karl Haushofer), beruht auf Missachtung der „willkürlichen“ gegenwärtigen Grenzen und damit eines grundlegenden Prinzips des Völkerrechts. Geopolitik ist ihrer Natur nach imperialistisch im Sinne Morgenthau. Dugin gehört übrigens heute zu den Kritikern Putins, der – zurückgehalten von in den globalen Kapitalismus verflochtenen Liberalen – zu zaudernd vorgehe.

Und in der Tat ist dies der dritte Grund für die größere Gefährlichkeit Putins. Putin ist nicht nur unkontrollierter Alleinherrscher Russlands, er ist auch außerordentlich intelligent – er weiß, dass das Geschwätz von Schirinowski, Prochanow, Dugin und Rogosin kontraproduktiv ist. Die Kunst der Verstellung und der offenen Lüge beherrscht der ehemalige KGB-Agent zur Perfektion, und er kennt die alte Maxime „zwei Schritte vor, einen Schritt zurück“, mit der man kurzfristige Gegner leicht beruhigen kann. Zentraleuropa hat er mit den Erdgasexporten wirtschaftlich von sich abhängig gemacht, damit er neben dem militärischen ein weiteres Druckmittel in der Hand hat; und er hat die erste Überschreitung der ukrainischen Grenze sehr geschickt als Sezession organisiert, wohl wissend, einige westliche Völkerrechtler würden die Öffentlichkeit dahin belehren, so etwas sei keine wirkliche Annexion.

Die „Freiwilligen“, die in der Ukraine kämpfen, scheinen zwar keine richtige Wahl zu haben – die „Nowaja Gaseta“ vom 16. Februar 2015 berichtet von einem jungen Soldaten, der seiner Familie besorgt mitgeteilt hatte, er werde nach Rostow am Don versetzt, von wo aus die „Freiwilligen“ die Grenze zur Ukraine überschreiten; er wurde kurz darauf erschlagen, doch trotz Hämatomen am ganzen Körper und gebrochener Nase erkannte die Staatsanwaltschaft einen Selbstmord, hierdurch die Varianten dieser Todesart um eine neue, bisher unbekannte bereichernd. Die russischen Soldaten, die in der Ukraine fallen, bekommen keine öffentliche Beerdigung, doch dies scheint Putins Popularität nicht nachhaltig zu schaden.

Putins zentrales Streben gilt der Macht: erstens in Russland selber, wo er, wie gesagt, eine seit Stalin unbekannte Machtfülle genießt. Aber er kann diese Machtkonzentration nicht nur vor dem Volk, sondern auch vor sich selber nur rechtfertigen, wenn sie als notwendig erscheint. Anfangs war das Argument, das ihm auch westliche Politiker wie Gerhard Schröder abkauften, es gehe ihm, etwa bei der Abschaffung des Föderalismus, nur um den Erhalt Russlands; und in der Tat hat er dem Land größere Stabilität und größeren Wohlstand gebracht. Da aber diese wirtschaftlichen Erfolge nicht langfristig sind, zumal ein beträchtlicher Teil der Intelligenz und die besten Wissenschaftler das Land verlassen haben, braucht er nun außenpolitische Erfolge, und es gibt jeden Grund zu vermuten, dass er selber sich für berufen hält, die Schmach von 1991 zu sühnen. Zwar wird jeder Tyrann ab einem bestimmten Zeitpunkt von der Stimmung des Hasses getrieben, die er selbst losgetreten hat, und zu irrationalen Entscheidungen gedrängt, die er eigentlich gar nicht will, aber zu Putins Zielen wird zweitens die Ausdehnung seiner Macht über das heutige Territorium Russlands hinaus durchaus gehören, im Idealfall auf alle ehemaligen Sowjetrepubliken.

In meinem Buch „Moral und Politik“ unterscheide ich drei Typen von Machtkämpfen, denen auch drei Formen von Krieg entsprechen. Geht es nur um Interessen, wie in den Kabinettskriegen des 18. Jahrhunderts, sind Kriege meist kontrollierbar – denn ein Kompromiss ist meist eher im beiderseitigen Interesse als fortgesetzte Verluste. Wesentlich blutiger sind Kriege um Werte wie die Revolutionskriege nach 1789 und der Zweite Weltkrieg. Immerhin gibt es hier eine moralische Dimension, die dem Kampf der einen Seite eine gewisse Würde gibt, und es kann die Hoffnung bestehen, dass am Ende die Sachargumente auch vom Gegner begriffen werden. Am bittersten sind Kriege, in denen es um Anerkennung geht, in denen der eine dem anderen zeigen will, dass er ihn nicht so hätte behandeln dürfen. Revanchekriege sind meist Kriege dieser Art. Der Erste Weltkrieg hatte viele Züge eines solchen Krieges. Sicher handelt es sich bei dieser Unterscheidung um Idealtypen: In der Regel sind die drei Typen in der Wirklichkeit vermischt, allerdings nicht zu gleichen Graden. Das Anerkennungsproblem spielte auch im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite eine wichtige Rolle, aber der eigentliche Streit ging um die Legitimität bestimmter staats- und völkerrechtlicher Ideen. Auch heute spielt ein solcher Streit mit, und natürlich ist die Kontrolle der Ukraine als dem größten Flächenstaat Europas für die russischen Oligarchen verlockend. Doch an der Basis des Konflikts schwelt – viertens – ein Kampf um Anerkennung mit dem Westen. Da Russland den Übergang in einen effizienten und fairen Kapitalismus nicht geschafft hat, sucht es nun die Auseinandersetzung auf der Ebene, auf der es sich überlegen fühlen kann, der physischen: nicht viel anders als arbeitslose trunkene Teenager, die diejenigen zusammenschlagen, deren Blick ihnen zu suggerieren scheint, sie hielten sich für überlegen.

Ein wichtiger Unterschied ist, dass Russland das größte Atomwaffenarsenal auf Erden besitzt. Die Chance, atomar weiter abzurüsten, die unter Obama ohne Zweifel bestand, hat Putin zurückgewiesen, und zwar sicher weil die Ungleichheit im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich nur durch die vielen Atomwaffen kompensiert wird. Dies mag im kurzfristigen Interesse seines Landes sein; im Interesse der Welt ist es nicht. Militärische Macht ist das Einzige, worauf Russland sich heute etwas einbilden kann – zusammen mit der enormen Leidensfähigkeit des russischen Volkes, die, in zwei Weltkriegen erprobt, allen Russen das Gefühl vermittelt, wenigstens darin seien sie im Falle eines Konfliktes „Gayropa“ überlegen (so heißt die EU in Russland inzwischen, auch wenn jemand tief gesunken sein muss, um sich so viel auf seine Heterosexualität einzubilden). Putin hat uns im letzten Jahrzehnt reichlich Gelegenheit gegeben, seinen muskulösen Oberkörper zu bestaunen – die Fotos waren schon Drohungen, und diese kommen nun immer expliziter, wie diejenige mit einem Einmarsch in Kiew (in einem Gespräch mit José Manuel Barroso) oder sogar in Nato-Länder (so angeblich in einem Gespräch mit Petro Poroschenko) oder mit einem nuklearen Angriff auf Dänemark (durch seinen Botschafter am 22. März 2015). Auch die Erklärung Putins vom 23. Februar 2015, er glaube nicht an einen Krieg mit der Ukraine, weil dieser „apokalyptisch“ sein würde, schafft es auf geschickte

Weise, eine ungeheure Drohung und zugleich abwiegelnd für diejenigen zu sein, die sich etwas vormachen lassen wollen. Wenn er dann zwei Tage später erklärt, die Weigerung Kiews, auf eigene Kosten Erdgas in die abgespaltenen Gebiete fließen zu lassen, „schmecke nach Genozid“, scheint er anzudeuten, es bestehe nun moralischer Anlass für eine „humanitäre Intervention“. Wer sich dieser Wortwahl bedient, will keinen Frieden. Und man darf sich trotz des Minsker Abkommens darauf gefasst machen, dass bei guter Gelegenheit die „Separatisten“ Mariupol zu nehmen versuchen werden, um so die Krim auf dem Landweg mit dem Mutterland zu vereinen. Ob man dann auch nach Transnistrien, den östlichen Teil Moldawiens, vorstoßen und die „Restukraine“ in ein Protektorat verwandeln wird, bleibt abzuwarten.

Was tun?

Warum hat Putin 2014 losgeschlagen? Wie gesagt, glaube ich nicht, dass die Maidan-Revolution die eigentliche Ursache war. Auch wenn sie als Provokation wahrgenommen wurde, hätte Putin gewartet, wenn er den Zeitpunkt nicht für geeignet gehalten hätte. Ich vermute, Putin ist sich im Klaren darüber, dass die Zeit gegen Russland arbeitet. Der Aufstieg Chinas als zweiter Weltmacht wird Russland weiter in den Hintergrund drängen; die Chancen auf große wirtschaftliche Fortschritte Russlands sind nicht gut; Putins Alter ist derart, dass er nicht allzu lange warten kann, wenn er als „Sammler russischer Erde“ in die Geschichtsbücher eingehen will. Insbesondere aber: Er und die meisten Russen nehmen den Westen als derzeit besonders schwächlich war, und das ist der fünfte Unterschied zur Situation der 1970er Jahre.

Obama gilt – in meinen Augen zu Unrecht – als schwacher Präsident, dessen Versuch, die amerikanisch-russischen Beziehungen zu bessern, daher zurückgewiesen wurde, auch wenn gleichzeitig so getan wird, die USA bedrohten Russland. Die Kriegsmüdigkeit der USA nach dem rechtlich, moralisch und politisch verwerflichen Irakkrieg, die weiterhin mühsame Abstimmung der europäischen Außenpolitik trotz der Existenz einer Außenbeauftragten der EU, die antieuropäischen Kräfte in vielen EU-Ländern, das Vorherrschen kurzfristiger Politiker, die, wie das britische Oberhaus kürzlich schrieb, schlafwandelnd in die Krise stürzten, schließlich die offenen Sympathien des tschechischen Präsidenten und des ungarischen Ministerpräsidenten für Putin waren eine Chance, die dieser sich nicht entgehen lassen durfte. Putin weiß, dass die Politik der EU nicht militärisch abgedeckt ist: Viele Verteidigungsbudgets der EU sind in den letzten Jahren geschrumpft, während unter Anatoli Serdjukow als Verteidigungsminister (2007 bis 2012) die Schlagkraft der russischen Streitkräfte bedeutend erhöht wurde. (Serdjukow machte sich mit seinen klugen organisatorischen Reformen viele Feinde im Militär und wurde wegen angeblicher Korruption entlassen.)

Der Westen hat im neuen Jahrhundert viele Fehler gemacht. Ich nenne nur: Die Kündigung des ABM-Vertrages 2001 durch die USA war unklug, die Verletzung des Völkerrechts im Irakkrieg 2003 skandalös, der Sturz Gad-

dafis 2011 ohne Klärung seiner Nachfolge unverantwortlich, die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs 2010 zur Unabhängigkeit des Kosovo schuf einen gefährlichen Präzedenzfall, und man hätte in Kiew auf die legale Abwahl Janukowitschs im Herbst 2014 warten sollen. All dies sollte man zugeben. Angesichts der horrenden Folgen eines Krieges mit Russland ist es ferner völlig vernünftig, dass man wegen der Ukraine nicht einen solchen Krieg riskieren will und kann. Aber der Aggressor muss dafür einen Preis zahlen, und zwar einen wirtschaftlichen wie einen diplomatischen; denn moralische Argumente fruchten nicht mehr. Nachgeben würde nur zu noch mehr Forderungen führen. Empfindliche wirtschaftliche Sanktionen sollten folgen, wenn das Abkommen von Minsk verletzt wird – allerdings so, dass weitere wirtschaftliche Druckmittel übrig bleiben. Denn dieses Mittel muss möglichst lange zur Verfügung stehen – in der Hoffnung, dass die Oligarchen aus Angst vor weiteren Verlusten protestieren, statt auf die „patriotische Linie“ einzuschwingen. Auch am Konflikt nicht beteiligten Staaten, zumal China, muss die Gefährlichkeit der russischen Politik eindringlich klargemacht werden.

Was geschehen würde, sollte Russland einen jener sechs EU-Staaten angreifen, die nicht Nato-Mitglieder sind, um die Schwäche der EU deutlich zu machen (aus geographischen Gründen sind Zypern, Finnland und Schweden die einzigen plausiblen Kandidaten), weiß niemand. Zumindest eine Rückkehr des Kalten Krieges und eines neuen Eisernen Vorhangs wäre unvermeidlich. Die Verletzung der Grenzen eines Nato-Landes stellte dagegen unweigerlich einen Bündnisfall dar.

Alle Versuche, die USA und die EU zu entfremden, müssen abgewehrt werden, zumal ohnehin eine starke Tendenz in den USA besteht, sich stärker dem pazifischen Raum zuzuwenden, in dem ganz andere Wachstumsmöglichkeiten existieren. Der politische Einigungsprozess in der EU muss vertieft werden – dass der Kreml sich durch ihn bedroht fühlt, belegt ja seine Unterstützung der antieuropäischen extremen Rechten. Insbesondere aber muss die wahre Natur des Putinschen Regimes deutlich gemacht werden, trotz aller Versuche im Internet, vermutlich oft im bezahlten Auftrag Russlands, abwiegelnde und antiamerikanische Ressentiments zu schüren. Die Ablenkung der westlichen öffentlichen Meinung durch geringere Probleme, wie die Abhöraffäre, aber selbst ernsthaftere wie den islamistischen Terror, hat es erst ermöglicht, dass Russland durch einen Coup überraschen konnte, der in Wahrheit vorhersehbar hätte sein müssen.

Gleichzeitig muss der Westen, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, Russland klarmachen, dass er stets zur Rückkehr zur Zusammenarbeit willens ist, wenn das Völkerrecht als das wichtigste Mittel, Gewalt zwischen Staaten zu verhindern, respektiert wird. Die innere Herrschaftsstruktur Russlands kann man von außen nicht ändern. Aber man sollte bei Begegnungen mit Russen keine Gelegenheit ungenutzt lassen, auf die enormen Risiken zu verweisen, die ein autoritäres Regime und eine aggressive Politik mit sich bringen – auch mit Verweis auf die jüngere europäische Geschichte, unter der gerade die große russische Nation so viel leiden musste.